

Jugend & Familie

Ausgabe Januar 2015 / Nr. 1

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie», Postfach 4053, 8021 Zürich

Die Zuversicht nicht verlieren!

Ende November geisterte eine erschreckende Meldung durch die Zeitungsspalten: «Kein Geld mehr für die Frommen!», lautete der Titel. Berichtet wurde, dass das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) die jährlichen Förderbeiträge an die christlichen Jugendorganisationen streiche, weil diese «zu fromm» seien. Hiervon betroffen ist beispielsweise Adonia, die mit ihren Musicalcamps wirklich wertvollste Jugendarbeit leistet.

Dabei beruft sich das BSV auf das Kinder- und Jugendförderungsgesetz. Die Subventionen (immerhin 670'000 Franken) seien daran geknüpft, dass der Zweck der Empfängerorganisation «auf den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen» basiere. Bei den christlichen Jugendorganisationen sei dies nicht der Fall. «Sie stellen ihre Glaubenspraxis, die religiöse Unterweisung und die Verbreitung ihrer Glaubensgrundlagen ins Zentrum», meint Eveline Zurbriggen, Bereichsleiterin Kinder- und Jugendfragen im BSV.

Bundessubventionen nur noch für Atheisten?

Es liegt auf der Hand, dass christliche

Organisationen auch einen missionarischen Auftrag haben. Doch bleibt es erstens den Jungen selbst überlassen, ob sie das christliche Weltbild übernehmen wollen oder nicht. Und zweitens steht die Glaubensvermittlung durchaus gleichberechtigt neben dem ganzheitlichen Fördern der Jungen und ist diesem keineswegs untergeordnet, wie das BSV meint.

Eine starke Abwehr gegen alles Christliche prägt immer mehr unsere staatlichen Stellen – angefangen von der Erziehungsdirektorenkonferenz über das Bundesamt für Gesundheit bis hin zum BSV. Früher rief die Regierung durch ihr Bettagsmandat zu Besinnung und Umkehr auf. Heute werden diese Grundwerte, die unser Land prägten, mehr und mehr bekämpft und verdrängt. Fast ist man versucht, zu fragen: Muss man heute tatsächlich Atheist sein, um noch vom Staat unterstützt zu werden?

Präimplantationsdiagnostik: Flächen-deckendes Embryonenscreening

Noch eine weitere Entwicklung nahm Ende November ihren verhängnisvollen Lauf: So befürwortete der Nationalrat – wie zuvor der Ständerat – die



Liebe Leserin,
lieber Leser

Für uns alle ist es entscheidend, dass wir uns bei unserem täglichen Wirken immer wieder von Gott getragen wissen. Dies gilt für jeden von uns – sowohl privat, als auch bei unserem Einsatz für die Familie und die Gesellschaft.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen von Herzen viel Kraft, gute Gesundheit und Gottes reichen Segen!

In herzlicher Verbundenheit

Käthi Kaufmann-Eggler
Präsidentin

Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»

Einführung eines flächendeckenden Chromosomenscreening bei der Präimplantationsdiagnostik (PID). Wir haben hierüber bereits in unseren letzten Rundbriefen berichtet. Der Bundesrat wollte die PID nur für risikobehaftete Paare zulassen, die ihren Kindern eine schwere Erbkrankheit weitergeben könnten. Das Parlament will nun jedoch Screenings für alle künstlichen Befruch-



Unsere Weihnachtsaktion für kinderreiche Familien war bei Redaktionsschluss dieses Rundbriefs noch in vollem Gang. Schon jetzt möchten wir aber von ganzem Herzen allen danken, die unsere Aktion auch diesmal mitgetragen haben. Eine besonders tolle Initiative startete die Pfarrgemeinde St. Bartholomäus in Saas-Grund. Bei einem Risotto-Tag kam der grosse Betrag von 2'850.– Franken zusammen. Im Bild oben rechts Koch Claudio Zurbriggen bei seinem Einsatz. Vielen, vielen Dank an alle, die unsere Advents- und Weihnachtsaktion mitgetragen haben!

tungen. Statt einigen Dutzend wird es damit pro Jahr Tausende von Anwendungsfällen geben. Behinderte Menschen verlieren bereits vor der Geburt weitgehend ihr Lebensrecht. Auch Behindertenorganisationen wie «Insieme» werden deshalb ein Referendum unterstützen. Den Lead hat dabei die EVP übernommen. Selbstverständlich werden auch wir seitens «Jugend und Familie» die lebensfeindliche, neue Regelung entschieden bekämpfen.

Ehrung für Genderisten an der Uni Freiburg

Ein weiteres Ärgernis war, dass die philosophische Fakultät der Universität Freiburg am 15. November der weltweit führenden Genderistin Judith Butler einen Ehrendoktor verlieh. Die Gender-Ideologie hat in den letzten Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um das christlich-abendländische Menschen- und Familienverständnis zu demontieren und zu zerstören. Und ausgerechnet einer Hauptvertreterin dieser Ideologie verleiht die vermeintlich katholische Uni Freiburg den Ehrendoktor! Bitte unterzeichnen Sie in dieser Sache die beiliegende Protestkarte an den Rektor der Universität, Guido Vergauwen.

Homooption in der Pipeline

Als Letztes sei schliesslich erwähnt, dass der Bundesrat am 28. November die Botschaft zur Revision des Adoptionsrechts vorgelegt hat und – wie zu befürchten – die Homooption einführen will. Gleichgeschlechtliche Paare sollen damit künftig das Kind ihrer Partnerin oder ihres Partners adoptieren können. Voraussetzung wäre ein ununterbrochenes Zusammenleben im gemeinsamen Haushalt während dreier Jahre. Immerhin hat der Bundesrat davon abgesehen, gar die Fremdoption durch Homo-Paare zuzulassen. Ein solch perverses Vorhaben hatte der Ständerat im Frühjahr 2012 gefordert.

Bei der Abstimmung über das neue Partnerschaftsgesetz am 5. Juni 2005 war uns noch hoch und heilig versprochen worden, dass es keine Salami-Taktik geben werde und Homo-Adoptionen ausgeschlossen bleiben. Neun Jahre später ist es bereits soweit: Gleichgeschlechtlichen Paaren soll erlaubt werden, ihre «Stiefkinder» zu adoptieren. Der nächste Schritt wird die generelle Adoption durch Homo-Paare sein. Voraussichtlich ist dies Teil der sog. «Modernisierung» des Familienrechts, die gegenwärtig im Departement Sommaruga ausgebrütet wird.

Sich nicht entmutigen lassen!

All diese Entwicklungen bereiten uns grosse Sorge um den moralischen Zustand

Vielleicht weiss jemand eine Lösung?

- **Kinder hüten im Zürcher Oberland (Nähe Uster):** Die Mutter einer Familie mit vier Kindern hat sich von der Geburt der Zwillinge noch nicht ganz erholt und hat gesundheitliche Sorgen. Sie wäre froh, wenn jemand bei der Kinderbetreuung täglich einige Stunden mithilft, damit sie wieder ein wenig besser über den Berg sieht (Am besten eine Art «Patin» oder ein «Ersatzgrosi»). Es wartet die fröhliche Kinderschar: Die beiden «Grossen» Guilia (5 ½) und Felix (4 ½), sowie die 1½-jährigen Zwillinge Renzo und Alexis.
- **Region Thun/Berner Oberland:** Eine Familie mit vier Kindern sucht eine geräumige Wohnung mit Umschwung (Miete max. Fr. 1'800.– inkl.) für Sommer/Herbst 2015 oder auch früher. Am liebsten im Raum Thun-Gwatt, Berner Oberland, Stockental oder vorderes Emmental (Region Thun).
- **Mama Brigit aus Bottenwil schreibt uns:** *«In unserer Familie ist das Handarbeitsfieber ausgebrochen. Hat jemand Woll-, Garn- und Trisagarnreste, ev. auch Stricknadeln und Stoffreste? Das wäre toll!»*
- **7-köpfige Familie:** Eine Familie im Berner Mittelland sucht zur Miete ein neues Zuhause: *«Komfort kommt an letzter Stelle, viel wichtiger wäre ein kinder- und auch tierfreundliches Umfeld, da wir nebst den fünf Kindern noch Hund, Katze und Hasen haben. Wir sind sehr dankbar für jeden Hinweis.»*
- **Au-Pair oder Praktikant/in für eine Familie mit 3 Kindern:** Eine Familie in Buchs/SG mit drei Kindern sucht baldmöglichst eine Familienhilfe. Die Kinder: zwei 18-monatige Zwillingmädchen und ein 2 ¾-Jahre alter Junge. Muttersprache ist Italienisch, da die Familie aus dem Tessin stammt. Die Mutter kann aber gut Deutsch. Wegen finanzieller Engpässe leider nur ein kleiner Lohn möglich.

Wer helfen kann: kaufmanns@livenet.ch oder Tel. 031 351 90 76

(bitte lange läuten lassen)

unserer Heimat und um die Gesellschaft, in welche unsere Kinder hineinwachsen. Wir dürfen uns hiervon jedoch nicht entmutigen lassen! Es gibt auch viele Gründe, mit Zuversicht und einer gesunden Portion Gottvertrauen ins neue Jahr hinein zu gehen.

Nicht zuletzt ermutigt uns hierzu der Kontakt, den wir immer wieder mit den rund 2'400 Mitgliedsfamilien unserer IG «Familie 3plus» haben dürfen. Die überquellende Lebensfreude, die wir aus vielen dieser kinderreichen Familien heraus immer wieder erleben, färbt auch auf unsere eigene Tätigkeit ab.

Einen Höhepunkt werden wir bereits Ende Januar erfahren, wenn wir unser jährliches Elterntreffen durchführen – diesmal im Bundeshaus in Bern. Als Begleiter für eine persönliche Führung durchs Parlament haben sich Ständerat Peter Föhn, Nationalrätin Marianne Streiff und Nationalrat Lukas Reimann zur Verfügung gestellt.

2,8 Milliarden Arbeitsstunden für Betreuung!

Der Einsatz, den die Mütter und Väter der Familien in unserem Land leisten, ist gewaltig! Das Bundesamt für Statistik brachte kürzlich die neusten Zahlen: Jährlich werden 2,8 Milliarden Arbeitsstunden für Betreuungsarbeit von Kin-

dern und pflegebedürftigen Erwachsenen aufgewendet. Vier Fünftel dieser Arbeitsstunden sind unbezahlt und werden oft von Frauen geleistet. Umgerechnet auf einen marktüblichen Lohn wird damit jedes Jahr Betreuungsarbeit im Wert von 80 Milliarden Franken erbracht. Das ist gleich viel, wie die gesamten Arbeitskosten im Baugewerbe und Handel zusammen ausmachen.

Erst wenn wir uns diese Zahlen vergegenwärtigen, vermögen wir den unermesslichen Einsatz unserer Väter und Mütter wirklich zu schätzen. Selbst wenn vieles in unserer Gesellschaft falsch läuft und Sorgen bereitet, so sind diese – oft kinderreichen – Familien doch der Grundbaustein für die Zukunft unseres Landes.

Wir sind es ihnen schuldig, sie nicht im Stich zu lassen! Schreiten wir deshalb mit frohem Mut ins Jahr 2015 und setzen wir jeden Tag in der Öffentlichkeit ein neues Zeichen für diese, unsere Familien!

Käthi Kaufmann-Eggler

Kurzmeldungen

Immer weniger Adoptionen

Bei der kürzlichen Botschaft des Bundesrates zur Adoptionsrechtsreform ste-

Uni-Fribourg: Ehrendoktor für Genderistin Judith Butler!

Leider müssen wir das Neue Jahr bereits mit einer Protestaktion beginnen...

Am 15. November hat die philosophische Fakultät der Universität Freiburg der weltweit führenden Genderistin Judith Butler (Universität of California, Berkeley) den Ehrendokortitel verliehen. Die von

Butler entwickelte Gender-Ideologie versteht die Kategorien «männlich» und «weiblich» nicht als natürliche Gegebenheiten, sondern als Konstrukte bestimmter Rollenbilder und Ausdruck von Machtverhältnissen. Das natürliche Verständnis von Mann, Frau und Familie wird damit grundlegend demontiert.

Mit ihrer Ehrung für Butler hat die vermeintlich katholische Universität Freiburg ihre Anerkennung für die Gender-Ideologie zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig distanziert sich die Universität damit klar vom christlichen Menschen- und Familienbild.

Bitte unterzeichnen Sie die beiliegende Protestkarte an den Rektor der Uni Freiburg und bitten Sie um eine Aberkennung des Ehrendoktors.



chen wieder einmal die enorm rückläufigen Adoptionszahlen ins Auge: Sie sind von 1'583 im Jahr 1980 über 808 im Jahr 2000 auf mittlerweile noch 425 gesunken (2013). Von diesen waren 192 Stiefkindadoptionen, 217 gemeinschaftliche Adoptionen durch ein Ehepaar und 16 Einzeladoptionen. 1980 stammten 67 Prozent der adoptierten Personen aus der Schweiz. 2013 waren es noch 40 Prozent. Statt Abtreibung und damit der Tötung eines Menschen wäre eine Adoption eine wichtige Alternative, die allerdings vom Staat nicht gefördert wird. (JUFA)

Bundesrat will keine Regelung der Sexualekunde

Der Bundesrat hat am 28. November die Eidgenössische Volksinitiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung empfohlen. Wie an den Schulen Sexualekundeunterricht erteilt wird, soll nach Ansicht des Bundesrates «weiterhin Sache der Kantone» sein. Die Initiative wurde am 17. Dezember 2013 mit 110'000 Unterschriften eingereicht. In Artikel 11 BV sollen damit u.a. die Postulate verankert werden, dass Sexualeziehung Sache der Eltern ist, dass Unterricht zur Prävention gegen Kindsmisbrauch zwar ab dem Kindergarten erteilt werden kann,

aber keine Sexualekunde beinhalten darf, sowie dass Sexualekundeunterricht erst ab dem neunten Altersjahr erteilt wird, der Unterricht freiwillig sein muss und nur durch die Klassenlehrpersonen erfolgen darf. Die Initiative war primär eine Reaktion auf den Skandal um den «Sexkoffer» an den Basler Kindergärten und Primarschulen. (sda/JUFA)

Sterbehilfe-Weltverband in Genf

Der Weltverband der Sterbehilfeorganisationen zieht von New York nach Genf. Grund dafür sind «zu erwartende admi-

nistrative Probleme» mit der amerikanischen Steuerbehörde IRS. Derzeit erarbeite der Vorstand alle notwendigen Schritte für einen Umzug per Anfang 2015. Exit Deutsche Schweiz stimmte zusammen mit Sterbehilfe Deutschland gegen den Entscheid der Delegierten, wie die «Schweiz am Sonntag» am 2. November berichtete. Exit befürchtet, dass nach der Debatte um «Sterbetouristen» der Umzug des Weltverbands in die Schweiz «die öffentliche Meinung negativ beeinflussen könnte». Der Verein Dignitas, der auch Mitglied des Weltverbands ist, wertete den Umzug nach Genf indes als Auszeichnung für die Schweiz. (sda)

Präimplantationsdiagnostik (PID): Das Volk muss die Notbremse ziehen!

Am 24. November verabschiedete das Parlament eine Vorlage zur PID, die einem Dammbbruch gleichkommt. Selbst pessimistischste Vorhersagen wurden damit noch übertroffen.

National- und Ständerat haben in der Wintersession die letzten Differenzen zur PID-Vorlage bereinigt, darunter vor allem die Zahl der Embryonen, die pro Behandlungszyklus im Reagenzglas entwickelt werden dürfen. Diese

wurde nun auf zwölf (statt bisher drei) erhöht. Insgesamt zielt die Vorlage auf ein flächendeckendes PID-Screening.

«Recht auf ein gesundes Kind»

Dabei werden alle Embryonen vor der

Einpflanzung in den Mutterleib auf Abnormitäten untersucht und gegebenenfalls «liquidiert». Konkret wird geprüft, ob es im embryonalen Erbgut fehlende oder überzählige Chromosomen gibt (sogenannte «Aneuploidien»). Bei diesen Aneuploidie-Screenings geht es primär um das Aufdecken von Trisomie 21 (Down-Syndrom), aber auch Trisomie 13 (Patau-Syndrom) oder Trisomie 18 (Edwards-Syndrom). Faktisch wird damit eine Embryonen-selektion eingeführt. Kinder mit Down-Syndrom haben praktisch keine Chance mehr. Das «Recht auf ein gesundes Kind» rückt näher. Gleichzeitig wächst der Druck auf die Mütter, keine behinderten Kinder mehr zur Welt zu bringen.

Das Volk muss entscheiden

Den definitiven Entscheid über die PID wird das Volk fällen. Dabei stehen zwei Abstimmungen an: Zuerst untersteht die nötige *Verfassungsänderung (Art.119 BV)* dem *obligatorischen Referendum*, das im Juni 2015 stattfinden soll. Falls Volk und Stände der Verfassungsänderung zustimmen, beginnt die hunderttägige Frist für das *fakultative Referendum gegen das Fortpflanzungsmedizinengesetz (FMedG)* zu laufen. Die Evangelische Volkspartei (EVP) hat bereits angekündigt, das Referendum zu ergreifen. «*Es darf nicht sein, dass künftige Mediziner im Labor über lebenswertes und nicht lebenswertes Leben entscheiden*», sagt EVP-Generalsekretär Joel Blunier. Seitens «Jugend und Familie» werden wir diese Unterschriftensammlung mittragen.



Wir laden ein ins Bundeshaus!

Jährliches Elterntreffen und persönliche Führung für kinderreiche Mütter und Väter.

Samstag, 31. Januar 2015, 11.00 h

Treffpunkt: Bundeshaus Bern, Eingang Bundesterrasse

Programm:

Ab 11.00 Uhr	Begrüssung
11.30 Uhr	Beginn Sicherheitskontrolle
12.00 Uhr – 13.00 Uhr	Spezialführung in drei Gruppen mit den Nationalräten Marianne Streiff (EVP), Lukas Reimann (SVP) und mit Ständerat Peter Föhn (SZ)

**13.00 Uhr Festliches Mittagessen im Restaurant *Galérie des Alpes* im Bundeshaus
Tafelmusik: Familie Heim, Olten**

Teilnahme gratis
(Kosten werden von Sponsoren getragen). Kleidung: sonntäglich

Anmeldung: igfamilie3plus@bluewin.ch, Tel. 031 351 90 76

Gebetsanliegen des Monats:

Wir beten:

- **Für eine glücklicherweise sehr gläubige Mutter von vier Schulkindern im Berner Oberland: Nach einer erfolgreichen Krebsoperation wurde vor Weihnachten im zweiten Lungenflügel eine Metastase gefunden.**
- **Für eine Familie mit zehn Kindern im Kt. Bern, dass die schon so lange kranke Mutter endlich geheilt zu ihrer Familie zurückkehren kann.**
- **Für einen Vater von drei Kindern im Kt. St.Gallen mit schweren Suchtproblemen (Alkohol).**
- **Für die Eltern einer Familie in der Ostschweiz mit fünf Kindern: Schenke DU, Herr, den Eltern trotz knappem Budget immer wieder Zusammenhalt und guten Geist.**
- **Für den krebskranken Vater einer Familie mit drei Kindern (siehe das Bild aus besseren Tagen...), dass er nach vielen Operationen und Therapien zu alter Kraft zurückfindet und sich gleichzeitig nicht überfordert.**



Bundesrat Alain Berset sieht dem Urnengang mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Diskussion werde «nicht so einfach» werden, meinte er. Die CVP etwa hatte die frühere (zurückhaltendere) Version des Bundesrats unterstützt, ist nun aber sehr gespalten. Einzelne CVP-Parlamentarier wie Christine Bulliard (Freiburg) wollen sich dem Referendumskomitee anschliessen.

Schutz der Ehe!

Die EDU-Zürich hat am 31. Oktober 2014 eine kantonale Volksinitiative zum Schutz der Ehe gestartet. Mit der Definition in der Kantonsverfassung soll die Ehe «als eine auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau» erhalten und geschützt werden. Die Unterschriftensammlung dauert bis 16. April 2015 und nötig sind 6'000 Unterschriften.

Unterschriftenbogen unter:
www.edu-zh.ch/ehe;
oder E-Mail: ehe@edu-zh.ch
Kontaktperson: Nadine Dubs,
Tel. 052 345 00 13

Impressum:

Erscheinungsweise: monatlich
Jahresabonnement: Fr. 20.–
Spendenkonto PC 80–33443–1
Redaktion dieser Ausgabe:
Käthi Kaufmann, Bürglenstrasse 31,
3006 Bern, Tel. 031 351 90 76
E-Mail: kaufmanns@livenet.ch
www.jugendundfamilie.ch
Hilfesuche betreffend Familien in Not sind zu richten an:
Franziska Wyss, Pilatusblick 24,
6015 Luzern, Telefon 041 340 04 52
Adressänderungen bitte an den Verlag:
Arbeitsgruppe «Jugend und Familie»
Postfach 4053, 8021 Zürich
Druckerei: Schmid-Fehr AG, 9403 Goldach